

## Neue Dimension am entgleisten Wohnungsmarkt

Großvermieter Heimstaden baut rabiate Drohkulisse auf und versucht Forderungen mittels Inkassofirma durchzusetzen.

In den vergangenen Wochen haben Heimstaden-Mieter:innen in Berlin, Hamburg und vermutlich weiteren Städten Briefe des Inkasso-Dienstleisters Creditreform erhalten. Diese Praxis des Unter-Druck-Setzens von Mieter:innen ist grundlegend abzulehnen, nicht zuletzt weil es sich hier auch um strittige Forderungen handelt. Ein Bündnis aus Mietervereinen und Mieter:innen-Initiativen aus Berlin und Hamburg kritisiert Heimstadens aggressive Geldeintreibungspolitik und unverantwortliche Verunsicherung von Mieter:innen. Das Bündnis fordert Heimstaden auf, diese Praxis unverzüglich zu stoppen, und wendet sich mit einem Offenen Brief an den Großvermieter. Außerdem hat das Bündnis einen Leitfaden für Mieter:innen veröffentlicht, die im Auftrag der Vermieterseite Post von einem Inkassounternehmen erhalten haben.

Wibke Werner, Geschäftsführerin des Berliner Mieterverein e.V.:

Mit der Beauftragung eines Inkasso-Unternehmens für den Einzug auch unberechtigter Forderungen setzt Heimstaden seinen verunsichernden und einschüchternden Kurs fort, der vor wenigen Monaten mit dem rechtlichen Chaos rund um teils unzulässige Mieterhöhungen begann. Wir fragen uns, wann hier die Einsicht reift, dass dieses Vorgehen von den Mieter:innen nur als Affront verstanden werden kann. Heimstaden legt sich mit dieser Art der Kommunikation selbst ein Ei ins Nest und verhält sich im völligen Gegensatz zu seinem anfangs gemachten Versprechen einer die Mieter:innen mitnehmenden Kommunikation.

Dr. Rolf Bosse, Vorsitzender des Mietervereins zu Hamburg:

Wer Wohnraum vermietet, ist in besonderer Weise der Daseinsvorsorge und damit der Sozialpflichtigkeit des Eigentums verpflichtet. Mit der Strategie, Druck auf ihre Mieterschaft durch Einschaltung eines Inkassounternehmens auszuüben, verletzt Heimstaden in eklatanter Weise diese Pflicht. Wer so handelt, disqualifiziert sich als seriöser Vermieter.

*Pressetelefon* (ausschließlich für Medienanfragen): 040 / 8 79 79-333

Ansprechpartner: Dr. Rolf Bosse, 0162 / 1325110

Pressefotos: [mieterverein-hamburg.de/pressekontakt/](http://mieterverein-hamburg.de/pressekontakt/)

Mieterverein zu Hamburg von 1890 r.V., Landesverband im Deutschen Mieterbund e.V.

Mit 78.000 Mitgliedshaushalten Hamburgs größte Mieterorganisation

Beim Strohhaus 20, 20097 Hamburg (bei U/S-Bahn Berliner Tor),

Tel. 040 / 8 79 79-0, Fax 040 / 8 79 79-110

[mieterverein-hamburg.de](http://mieterverein-hamburg.de), [info@mieterverein-hamburg.de](mailto:info@mieterverein-hamburg.de)

Hamburger Mieterverein e. V.  
Bartelsstraße 30  
20357 Hamburg  
Fon 040/431 394-0  
Fax 040/431 394-44  
[info@mhmhamburg.de](mailto:info@mhmhamburg.de)  
[www.mhmhamburg.de](http://www.mhmhamburg.de)

Gründungsjahr

1980

Mitglieder

ca. 18.000

Einzugsgebiet

Hamburg und Umgebung

Beratungsstellen

Schanzenviertel,  
Altona, Barmbek,  
Eimsbüttel, Langenhorn,  
Steilshoop, St. Pauli,  
Wandsbek, Wilhelmsburg

Mitgliedsbeitrag

€ 65 Vereinsbeitrag

€ 94 Vereinsbeitrag inklusive  
Rechtsschutzversicherung



# PRESEMITTEILUNG

Marc Meyer, Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt), Mieter helfen Mietern - Hamburger Mieterverein e.V.:

Wenn Großvermieter versuchen streitige Forderungen mittels Inkasso-Firmen durchzusetzen, dann sollen Mieter\*innen offensichtlich durch deren oft rabiate Drohkulisse eingeschüchtert werden. Großvermieter wie Heimstaden haben unserer Auffassung nach grundsätzlich keinen Anspruch auf Erstattung von Inkasso- und Anwaltskosten für Mahnschreiben durch Mieter\*innen, da sie diese unschwer selbst fertigen können.

*Pressetelefon:* 040 431 394-66

*Ansprechpartner:* Marc Meyer, 015111065062, marc.meyer@mhmhamburg.de

*Pressefotos:* <https://www.mhmhamburg.de/kontakt/presse/foto-download>

Mieter helfen Mietern - Hamburger Mieterverein e.V.

Bartelsstraße 30, 20357 Hamburg

Tel. 040 431 394-0, Fax 040 431 394-44

<https://www.mhmhamburg.de>, [info@mhmhamburg.de](mailto:info@mhmhamburg.de)

StopHeimstaden Berlin:

Wir lehnen die aggressive Mietpreispolitik von Heimstaden grundsätzlich ab und finden die Mahnpraxis von Heimstaden zutiefst unverantwortlich und unseriös. Oft kommen Mahnungen vor der eigentlichen Rechnung, werden Fristen von Heimstaden nicht eingehalten, Forderungen nicht belegt oder strittige Forderungen nicht geklärt. Heimstaden macht ständig Fehler und beansprucht dadurch unverschämt viel Zeit von uns Mieter:innen, diese fehlerhaften und ungültigen Forderungen abzuwehren. Gleichzeitig verschleppt Heimstaden regelmäßig die Auszahlung von Kauttionen, Mietminderungen und Rückzahlungen an uns. Und nun sollen wir uns neben Heimstaden auch noch mit Creditreform rumschlagen. Es reicht! Wir erwarten, dass die Politik endlich handelt und uns Heimstaden vom Hals hält. Die Umsetzung des erfolgreichen Volksentscheids zur Vergesellschaftung von Deutsche Wohnen, Heimstaden & Co. wäre der beste, nachhaltigste und sicherste Weg dazu.

*Pressekontakt:* [presse@stopheimstaden.org](mailto:presse@stopheimstaden.org)

Heimstaden stoppen! AG aus dem Recht auf Stadt Netzwerk Hamburg:

Was muss noch passieren, damit die Hamburger Politik versteht, dass Großvermieter wie u. a. Heimstaden ausschließlich ihre eigene Profitgier im Fokus haben. Es ist an der Zeit solchen Geschäftsgebaren Einhalt zu bieten und das Thema Enteignung von großen Immobilienkonzernen mit auf die politische Agenda zu setzen.

*Pressekontakt:* [info@rechtaufstadt.net](mailto:info@rechtaufstadt.net)

Tel. 0170-3434430

Hamburg/Berlin, 21. Juni 2024

Hamburger Mieterverein e. V.  
Bartelsstraße 30  
20357 Hamburg  
Fon 040/431 394-0  
Fax 040/431 394-44  
[info@mhmhamburg.de](mailto:info@mhmhamburg.de)  
[www.mhmhamburg.de](http://www.mhmhamburg.de)

**Gründungsjahr**

1980

**Mitglieder**

ca. 18.000

**Einzugsgebiet**

Hamburg und Umgebung

**Beratungsstellen**

Schanzenviertel,  
Altona, Barmbek,  
Eimsbüttel, Langenhorn,  
Steilshoop, St. Pauli,  
Wandsbek, Wilhelmsburg

**Mitgliedsbeitrag**

€ 65 Vereinsbeitrag  
€ 94 Vereinsbeitrag inklusive  
Rechtsschutzversicherung